

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

**der Abgeordneten Meini-Reisinger, Strolz und Kollegen**

**betreffend transparenter Gebarung der öffentlichen Hand**

**eingebraucht im Zuge der Debatte über den dringlichen Antrag der Abgeordneten Matthias Strolz, Waltraud Dietrich, Kollegin und Kollegen**

**betreffend "Stopp dem Überwachungsstaat: Gläserner Staat statt gläserne Bürgerinnen und Bürger"**

Gemäß der geltenden Rechtslage sind die Rechnungsabschlüsse der Gebietskörperschaften jährlich zu erstellen und anschließend zu veröffentlichen. Aufgrunddessen sind selbst signifikante Abweichungen vom jeweiligen Jahresvoranschlag erst mit ziemlicher zeitlicher Verzögerung für die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler erkennbar. Intern sind von den haushaltsleitenden Stellen ohnehin Monatsvoranschläge und Monatsnachweise zu erstellen sowie ein begleitendes Controlling eingerichtet. Eine Veröffentlichung ist jedoch bis dato nur für den Monatsnachweis der UG "Öffentliche Abgaben" vorgesehen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

## ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Der Nationalrat wolle beschließen:

*Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat einen Gesetzesvorschlag vorzulegen, der mittels folgender Maßnahmen eine Transparenz der Gebarung der öffentlichen Hand bewirkt:*

- Zeitnahe Veröffentlichung der jeweiligen kumulierten monatlichen (einschließlich der nicht finanzierungswirksamen) Erträge und Aufwendungen entsprechend der Gliederung des Bundeshaushaltsgesetzes bzw. der VRV
- Zeitnahe Veröffentlichung des jeweiligen Standes der Finanzschulden und Hafungen bzw. Finanzanlagen zum Monatsende
- Einbeziehung der Bundesministerien und Bundesländer
- Einbeziehung ausgegliederter Unternehmen, insbesondere der Krankenanstalten-träger

  
(Strolz) Meini-Reisinger  
(LOA 2018)

  
C. VAVRIK

  
(Pak) Meini-Reisinger



  
(ALM) Meini-Reisinger